



K u r z b e r i c h t

über die

*7. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses***

*am Mittwoch, dem 13. Januar 2010,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 14:35 Uhr

Der Innen- und Rechtsausschuss nahm einen **Bericht des Justizministers über die Sicherstellung des Bereitschaftsdienstes der Gerichte** zur Kenntnis.

Zur **Entscheidung über die Gültigkeit der Landtagswahl vom 27. September 2009 (Wahlprüfung); hier: Vorprüfungsbericht nach § 65 der Landeswahlordnung**, Umdrucke 17/117 und 17/193, beschloss der Ausschuss einstimmig bei Enthaltung des SSW, durch den Landeswahlausschuss die Stimmzettel aus dem Wahlkreis Husum 003 in einer öffentlichen Sitzung, am 22. Januar 2010, 10 Uhr, im Landeshaus nachzählen zu lassen.

Nach einer Sitzungsunterbrechung nahm der Innen- und Rechtsausschuss die **Beschlüsse der 23. Veranstaltung „Jugend im Landtag“**, Umdruck 17/131, zur Kenntnis und beschloss einstimmig, den Fraktionen anheimzustellen, daraus Initiativen zu entwickeln.

Die Beratung über den **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesverwaltungsgesetzes**, Drucksache 17/94, wurde von den Mitgliedern des Ausschusses zurückgestellt, bis der Entwurf der Landesregierung vorliegt.

Des Weiteren beschloss der Innen- und Rechtsausschuss einstimmig, zur **Aufhebung der Residenzpflicht in Schleswig-Holstein**, Drucksache 17/110, zunächst eine schriftliche Anhörung und gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt eine mündliche Anhörung durchzuführen.

Sodann vertagte er die Beratung über den **Entwurf eines Gesetzes zum Tierschutzverbandsklagerecht**, Drucksache 17/64, bis der Umwelt- und Agrarausschuss eine Entscheidung über das Verfahren getroffen hat.

Außerdem empfahl der Innen- und Rechtsausschuss einstimmig dem Landtag, dem **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Regelung des Rechts der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse (Untersuchungsausschussgesetz)**, Drucksache 17/114, zuzustimmen.

Im Zusammenhang mit dem Antrag der Fraktion des SSW, Drucksache 17/103, baten die Ausschussmitglieder die Landesregierung, in einer der nächsten Sitzungen über die **Innenministerkonferenz** zu berichten.

Abschließend wies der Vorsitzende darauf hin, dass ein ergänzender Bericht zum Verfahren des **Volksbegehrens für die Erhaltung der Realschule**, Umdruck 17/144, zur Verfügung steht und erinnerte an die ganztägige Anhörung zum **Tariftreuegesetz** in der gemeinsamen Sitzung mit dem Wirtschaftsausschuss am 10. Februar 2010 um 10 Uhr.

Schluss: 16:25 Uhr

gez. Dörte Schönfelder